

Mehr Zusammenarbeit für mehr Frieden?!

Es ist Montagmorgen. Es trifft die nächste Nachricht ein. Schon wieder 3 neue Tote in der Türkei. Der Europäische Sicherheitsrat tagt um 07:30. Sie besprechen das weitere Vorgehen gegen die terroristischen Gruppen, die augenscheinlich die Weltherrschaft an sich reißen wollen.

Solche Abläufe sind in der heutigen Welt gang und gäbe, die eine Bevölkerungsmehrheit fühlt sich von Splittergruppen bedroht und versucht nun ihr Land gegen diese Angriffe zu schützen, bis der regionale Konflikt zu einem Stellvertreterkrieg ausartet in dem die Weltmächte natürlich nur für Ordnung und Struktur sorgen.

Dabei geht häufig die Lösung der eigentlichen Auseinandersetzung unter. Es ist dann nicht mehr primär wichtig, den heimatlosen und geschwächten Menschen zu helfen und ihnen langfristig eine menschenwürdige Zukunft zu sichern. Die verschiedenen Sicherheits- und Kooperationsorgane können gar nicht immer so eingreifen, wie wir – als Durchschnittsbürger – es für „richtig“ halten. Damit man Entscheidungen im Bereich des Krisenmanagements fällen kann, müssen verschieden Hürden genommen werden. Zum einen müssen sich beispielsweise die Vertreter der Nationen in der UNO sicher sein, dass ihr Eingreifen keine schlimmere Situation zur Folge hat. Andererseits müssen sie ihre unterschiedlichen Interessen unter einen Hut kriegen, was bei einem Rat, der Staaten wie die USA und Russland, aber auch Frankreich, Großbritannien und China mit einem Vetorecht ausstatten, kaum möglich ist.

Dies hat zur Folge, dass häufig gar nicht die Truppen der NATO oder der UNO in einer Konfliktzone wie Syrien, Vietnam oder Afghanistan eingreifen, sondern sich die Großmächte in den Konflikt hineinzwängen, um einen regionalen Vorteil zu gewinnen. Wie aber wollen wir einen weiteren Großkrieg verhindern, wenn es nicht möglich ist, die Sicherheitsorgane der Welt in ihrem Einverständnis zu einen? Das ist kaum vorzustellen.

Wenn wir auch in Zukunft in einem solch fortschrittlichen Land – was im Prinzip auch nur von der Perspektive abhängt - leben wollen, müssen wir unsere Kräfte weniger darauf verschwenden, auf einen terroristischen Akt mit noch mehr Gewalt zu reagieren und den Tätern damit die mediale Aufmerksamkeit zuzugestehen, welche sie pflanzen zu erreichen. Die gegebenen Kapazitäten müssen vielmehr in Bildung und eine gesicherte Lebensgrundlage investiert werden, damit potentielle Neurekruten gar keinen Grund mehr darin sehen, sich für friedensfeindliche Gruppen zu begeistern.

Dabei müssen viele verschiedene Parteien an einen Tisch kommen. Nicht nur die 20 größten Wirtschaftsmächte müssen über das „Wohl der Welt“ entscheiden. Nein, bei einer Konfliktlösung muss möglichst jede Perspektive vertreten sein und auch einmal kritische Positionen von NGO's müssen akzeptiert werden, auch wenn es natürlich nicht möglich ist, eine Lösung zu finden, die für jeden Bürger passend erscheint.

Sich aus den Beziehungen und Verflechtungen dieser Welt zurückzuziehen fördert einzig und allein eine Verkomplizierung des Handels, die Abneigung zwischen unterschiedlichen Völkern oder den

Menschen ihrer Freiheit zu berauben. Ein Wirtschaftssystem, welches durch hunderte Zölle und Steuern beschränkt ist, kann gar nicht leistungsfähig genug sein, um einem Staat eine langfristige Entwicklung zuzugestehen.

In solchen Fällen müssen die Staatsoberhäupter auch einmal klar Position beziehen, sodass es nicht zu geheimen Verträgen zwischen Staaten kommt, von denen dann das Volk erst erfährt, wenn es fast schon zu spät ist, ein Abkommen zu verhindern – wie wir es zwischen den nordatlantischen Staaten beobachten konnten. Genau ein solches Handeln schürt bloß friedensfeindliches Gedankengut und fördert radikale Stimmen. Nein, ein Staat muss transparent für seine Bürger handeln und auch bei Unterstützung anderer Nationen seine Aktionen offenlegen können.

Für die Zukunft muss festgehalten werden, dass die Bewohner eines Staates, aber vor allem die Regierungen stärker und schneller zusammenarbeiten müssen, wenn es zu einer Krisensituation kommt und präventiv eine Eskalation verhindern zu können.

Greta Wunderlich